



Bei der ersten großen Wahlnacht des Jahres 2025 konnten zwei republikanische Kandidaten, die von Donald Trump unterstützt wurden, bei Sonderwahlen in Florida ihre Sitze im Repräsentantenhaus gewinnen. Damit sicherten sie der Partei die knappe Mehrheit – ein entscheidender Moment für Trumps innenpolitische Agenda. Beide Siege galten im Vorfeld als wahrscheinlich.

In Wisconsin wurde ein eigentlich lokaler Wahlkampf um einen Sitz im Obersten Gericht des Bundesstaates zu einer Art Volksentscheid über Elon Musks politische Rolle. Die liberale Kandidatin Susan Crawford setzte sich deutlich gegen eine konservative Konkurrentin durch – trotz 25 Millionen Dollar Wahlkampfhilfe von Musk. Dieses Ergebnis könnte sich auf die Kongressdelegation des Bundesstaates auswirken.

Insgesamt geben diese Wahlen einen ersten Eindruck davon, wie die Amerikaner rund zehn Wochen nach Beginn von Trumps zweiter Amtszeit zu ihm stehen. Für die Demokraten lässt sich daraus einiges ableiten.

UNO: Israel tötete Rettungskräfte im Gazastreifen

Eine Woche nach dem Tod von 15 Rettungskräften bei einer Evakuierungsmission in Gaza beschuldigte die UNO Israel, für deren Tod verantwortlich zu sein – und die meisten Leichen anschließend in einem Massengrab verscharrt zu haben. Eine seltene, direkte Anschuldigung, denn die Vereinten Nationen sind normalerweise zurückhaltend mit eindeutigen Schuldzuweisungen.

Ein Sprecher der israelischen Armee erklärte am Montag, dass neun der Getöteten palästinensische Kämpfer gewesen seien und sich ihre Fahrzeuge unerlaubt im Gebiet befanden. UNO und Hilfsorganisationen hingegen betonten, es habe sich um eindeutig gekennzeichnete Fahrzeuge von humanitären Helfern gehandelt. Die israelischen Streitkräfte sollen laut UNO-Angaben die Fahrzeuge – darunter auch ein Feuerwehrauto und ein UN-Fahrzeug – mit Bulldozern zerstört haben.

Politik: Israels Premierminister Benjamin Netanjahu hat am Montag die Nominierung von Eli Sharvit für die Leitung des Inlandsgeheimdienstes zurückgezogen – nach Protesten aus



konservativen Kreisen.

Italien erschwert den Zugang zur Staatsbürgerschaft

Seit vergangenem Freitag ist es für Menschen italienischer Herkunft schwieriger geworden, die italienische Staatsbürgerschaft zu beantragen. Grund: Der enorme Andrang hatte Italiens Gerichte, Konsulate und Ämter überfordert. Viele Antragsteller hatten laut Außenminister kaum Verbindung zu Italien – sie wollten lediglich den EU-Pass.

Die neue Regelung erlaubt die Staatsbürgerschaft nur noch Personen mit italienischen Eltern oder Großeltern. Zuvor reichte ein Vorfahre, der nach der Gründung Italiens im Jahr 1861 in Italien lebte.

„Italienischer Staatsbürger zu sein, ist eine ernste Sache“, sagte Außenminister Antonio Tajani. „Das ist kein Spiel, bei dem man einen Pass bekommt, um in Miami shoppen zu gehen.“

WEITERE WICHTIGE NACHRICHTEN

USA: Die Behörden fordern die Todesstrafe für Luigi Mangione, der im Dezember einen Manager aus dem Gesundheitswesen in Manhattan ermordet haben soll.

Taiwan: China hat Militärübungen gestartet – als „harte Bestrafung“ für angeblich „separatistische Provokationen“ des Präsidenten Taiwans, Lai Ching-te.

Bangladesch: Das Land bemüht sich um einen demokratischen Neuanfang nach dem Sturz seines autoritären Herrschers – doch islamistische Gruppen drängen auf mehr Fundamentalismus.

Technologie: OpenAI hat eine neue Finanzierungsrunde abgeschlossen – der



Unternehmenswert steigt damit auf 300 Milliarden Dollar.

Reisen: Über 230 Passagiere und Crew-Mitglieder erkrankten auf einer Luxus-Kreuzfahrt von England in die östliche Karibik an Norovirus.

Aus Europa

Großbritannien: Angesichts wachsender Sorgen über schädliche Online-Inhalte für junge Menschen verbreitet sich die Initiative „Smartphone Free Childhood“ rasant.

Island: Ein Vulkanausbruch bedroht erneut die Stadt Grindavík und führte zur Schließung der berühmten Blauen Lagune.

Russland: Der Betreiber eines Reisebüros, das nur Männerreisen anbot, wurde verhaftet und später tot in seiner Zelle aufgefunden – ein Fall, der das harte Vorgehen gegen die L.G.B.T.Q.-Gemeinschaft unterstreicht.

Vatikan: Papst Franziskus geht es besser – eine Woche nach seiner Entlassung aus dem Krankenhaus zeigt sich sein Zustand stabil.